

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/6

12. Januar 1976

Alle Kraft für Europa

Die Faszination für das Realisierbare nützen

Von Marie Schiel MdB  
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Seite 1 und 2 / 94 Zeilen

Rechtstaatliche Befriedung oder Konflikt ?

Bedenkliche Haltung der Union in der Aufnahmepraxis  
für den öffentlichen Dienst

Von Dr. Jürgen Schaudt MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
des Innern

Seite 3 und 4 / 79 Zeilen

Im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Das Aktionsprogramm für den Bildungsbereich in der EG

Seite 5 und 6 / 63 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

DOR: "UdSSR ist die stärkste Militärmacht der Erde"

Seite 7 und 8 / 48 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ederl

5300 Bonn 12, Neuenallee 2-12  
Postfach: 120 499  
Pressepreis 1, Einzelheft 217-004  
Telefon: 02 28 27-22  
Telex: 02 28 24-4 pphs d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

## Alle Kraft für Europa

---

### Die Faszination für das Realisierbare nützen

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in seiner Neujahrsansprache gesagt: "An praktischer Europapolitik werden wir auch künftig hinter keinem zurückstehen. Auf europäische Sonntagsreden werde ich allerdings auch 1976 verzichten." Dieses Wort ist klar und eindeutig, es wurde auch überlegend richtig verstanden. Einige Kritiker, die der Opposition nahestehen, meinen jedoch, hier Fragezeichen anbringen zu müssen. Deshalb einige Erläuterungen.

Die Fortsetzung einer europäischen Integration ist und bleibt Kernziel der deutschen Politik. Sie ist aus politischen, ökonomischen und historischen Gründen notwendig. Zu ihr gibt es keine Alternative. Jeder, der sich die Mühe gemacht hat, insbesondere den Beitrag des Bundeskanzlers zum Gelingen der Europäischen Räte des letzten Jahres wie auch des Gipfeltreffens von Rambouillet zu verfolgen, kann hier keinen Zweifel haben.

Fraglich ist für viele nur der Weg und das mögliche Tempo der Integration im jetzigen Zeitpunkt. Natürlich würden wir es alle sehr begrüßen, wenn sich möglichst schnell auch große Lösungen verwirklichen ließen, wie dies z. B. 1971 mit dem visionären Plan einer wirtschafts- und Währungsunion einmal angeregt worden ist. Nur stehen wir heute nicht mehr im Jahre 1971, sondern in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Die Wirkungen weltweiter Rezession haben sich auch in Europa auf das schwerste bemerkbar gemacht. Die wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten zwischen den einzelnen Staaten der Gemeinschaft sind in dieser Zeit größer geworden. Wer könnte in dieser Situation einen massiven Ressourcentransfer und die Übertragung der wesentlichen wirtschaftspolitischen Kompetenzen auf zentrale europäische Instanzen fordern, ohne sich zugleich dem Vorwurf aussetzen zu müssen, eine an der Realität vorbeigehende, risikobehaftete Politik zu machen.

Für die Bundesregierung stellt sich deshalb die entscheidende Frage, wie sie ihre weitgespannten europapolitischen Vorstellungen mit den jetzt gegebenen wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen am besten in Einklang bringen kann. Der Bundeskanzler spricht deshalb von einer "abschätzbaren Politik". "Abschätzbar" heißt, daß wir für Europa das derzeit Erreichbare fortsetzen wollen, ohne Rückschritt, aber auch ohne Belastung durch solche auf die Zukunft gezogene Wechsel, deren Einfluß sich in absehbarer Zukunft nicht erreichbar erscheint.

Diese Politik ist keineswegs gleichzusetzen mit einer bloßen Bewahrung des Status quo. Zu bewahren galt allerdings das, was durch die Energiekrise und die Wirtschafts- und Währungslage der letzten Jahre gefährdet war. Mit wesentlicher deutscher Hilfe ist es gelungen, den Bestand der Gemeinschaft in dieser Krise ungeschmälert zu erhalten. Großbritannien blieb nach einem überzeugenden Votum seiner Bevölkerung für die Gemeinschaft in der EG. Italienische Schwierigkeiten konnten nicht zuletzt durch eine von der Bundesre-

gierung befürwortete Dollaranleihe der Bundesbank behoben werden. Frankreich kehrte in den Währungsverband der Gemeinschaft zurück.

Darüber hinaus konzentrierte sich die Bundesregierung darauf, die Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft zu verbessern, die künftig besser als bisher wirtschaften wird. Niemand sollte die integrationsfördernde Wirkung dieser Tatsache gering schätzen! Nicht zuletzt wird dadurch auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in dieses Europa gesichert und verstärkt.

Neben der Abwehr von Gefahren und der inneren Verfestigung des Systems bauten wir die Gemeinschaft dort weiter, wo dies möglich war. Trotz finanzieller Enge gerade auch bei uns, stimmten wir einem gemeinsamen Regionalfonds zu, der 1975 bis 1977 mit gut 4,7 Milliarden DM dotiert ist und vor allem Ländern wie Italien und Irland, den Ärmsten in der Gemeinschaft, Hilfe bringt. Der Verantwortung der Gemeinschaft gegenüber der Dritten Welt trug die EG durch Abschluß des Abkommens von Lomé Rechnung. Die hierin garantierte Stabilisierung der Exporterlöse von fast 50 afrikanischen und karibischen Ländern war bahnbrechend im gesamten Nord-Süd-Verhältnis. Der gleichzeitig neu eingerichtete Entwicklungsfonds in Höhe von fast zehn Milliarden DM wird ein weiteres tun. Schließlich tritt die Gemeinschaft jetzt auch bei der Pariser Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit geschlossen auf, Großbritannien konnte überzeugt werden, im Interesse der wachsenden Zusammenarbeit in Europa keine Sonderrolle zu spielen.

Neben solcher Bewältigung aktueller Probleme richtete die Gemeinschaft ihren Blick aber auch auf ihre Zukunft. Ab 1978 wird sie endlich über ein direkt gewähltes Europäisches Parlament und damit über die parlamentarisch demokratische Legitimität verfügen, um die mehrere Generationen von Europäern bislang vergeblich gekämpft haben. Von diesem Europäischen Parlament wird nach Überzeugung der Bundesregierung die permanente Unruhe ausgehen, die notwendig ist, um die Integration Europas im Bewußtsein der Öffentlichkeit unverändert hoch zu halten. Ich verspreche mir aus diesem Kreis zusätzliche Anstöße und Anregungen, die unsere europäische politische Landschaft in dem Maße verändern und gestalten werden, wie dies notwendig und möglich ist. Vorrangiges Ziel muß es dabei sein, die wirtschaftspolitischen Gegebenheiten und Strukturen in den einzelnen Mitgliedstaaten aneinander anzunähern.

Der belgische Ministerpräsident Tindemans hat am 7. Januar einen bemerkenswerten Bericht vorgelegt, der ebenfalls unter Verzicht auf alle utopischen Pläne ganz bewußt eine Politik der kleinen Schritte vorschlägt. Sie hat dafür die Chance, Europa in der hier geschilderten Weise weiterzubauen. Wir werden diesen Bericht sorgfältig prüfen.

Die europäische Integration wird und darf nicht stillstehen, denn Stillstand bedeutet Rückschritt, wie wir an Teilen der gegenwärtigen Agrarpolitik sehen. Wir werden deshalb in Anerkennung der Interdependenz unseres Wohlstands mit der wirtschaftlichen Entwicklung unserer EG-Partner eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik, aber auch gemeinsame Außen-, Energie- und Forschungs politik u.a.m. im Rahmen des politisch Machbaren anstreben und durchzusetzen versuchen. Dazu gehört für mich auch die Entwicklung der persönlichen Verantwortung des einzelnen, z.B. durch Beteiligung der Arbeitnehmer an den wirtschafts-politischen Entscheidungen, von denen ihr ökonomisches und damit auch persönliches Schicksal im besonderen abhängt.

Es gilt, sich gemeinsam einzusetzen. Der good will, der in unserer Öffentlichkeit für Europa besteht, sollte daher ganz bewußt nicht für die Faszination von z.Z. nicht erreichbaren Zielen ausgenutzt werden. Es gibt genügend Realisierbares für Europa zu tun, dem unsere gesamte Kraft und Anstrengung gebührt.

(-/12.1.1976/wi/e/pr)

## Rechtsstaatliche Befriedung oder Konflikt ?

---

### Bedenkliche Haltung der Union in der Aufnahmepraxis für den öffentlichen Dienst

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

Die Rechtsgrundlage für den Ausschluß von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst ist in den Beamtengesetzen des Bundes und der Länder seit Jahrzehnten gegeben. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Vorschriften als verfassungsgemäß bestätigt und den Weg zur rechtsstaatlichen Anwendung gewiesen. In Beachtung dieser Entscheidung hat der Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen im Oktober 1975 zur Ausführung der beamtenrechtlichen Gesetzesvorschriften eine allen rechtsstaatlichen Anforderungen genügende gesetzliche Verfahrensregelung beschlossen und in einer Entschliesung zugleich klare Hinweise für ein mißbrauchsfreies Vorgehen gegeben.

Die Beschlüsse des Bundestages enthalten das Angebot einer gerechten Regelung, die den in dieser Sache geführten Streit befrieden kann. Leider sieht es nicht so aus, als ob die CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrates dieses Angebot annehmen wird. Dort scheint man sich - gerade im Wahljahr 1976 - vom Streit mehr zu versprechen. Auch die Praxis einiger von Unions-Parteien geführter Länder deutet auf dieses Faktum hin.

Die Zurückweisung der Bewerberin für den Richterberuf Charlotte Nieß durch den bayerischen CSU-Justizminister ist ein gefährliches Beispiel dieser Praxis. Der Bewerberin wird vorgeworfen, in der "Vereinigung demokratischer Juristen" (VDJ) mit Kommunisten zusammenzuarbeiten und dadurch deren verfassungsfeindliche Ziele zu unterstützen. Daß Charlotte Nieß aktives Mitglied der SPD und der Gewerkschaft ÖTV ist, nimmt der bayerische Justizminister zur Kenntnis, läßt sich dadurch in seinem angeblichen Zweifel an der Verfassungstreue der Bewerberin aber nicht beirren. Nun ist die VDJ in der Tat eine Vereinigung, in der Kommunisten von Anfang an maßgeblichen Einfluß ausgeübt haben. In den Verlautbarungen und Aktionen der VDJ kommt diese Einflußnahme wiederholt zur Wirkung. Sozialdemokraten, die in derartigen Organisationen mitarbeiten, sollten gründlich prüfen, welchen Sinn diese Arbeit von ihrem eigenen politischen Standpunkt und dem ihrer Partei aus hat. Wiederholte eindeutige Erklärungen der zuständigen SPD-Parteigremien gegen jede Aktionseinheit mit Kommunisten enthalten die berechnete und gewichtige Warnung vor dem Schaden einer solchen Zusammenarbeit für die eigene politische Sache.

Trotzdem finden sich in Einzelfällen Sozialdemokraten zur gemeinsamen Aktivität mit Kommunisten bereit. Vielleicht glauben sie mit guten Gründen, diesen das jeweilige Feld nicht allein überlassen zu dürfen. Vielleicht täuschen sie sich auch über ihre eigene Rolle bei der Zusammenarbeit. Der Vorwurf mangelnder Verfassungstreue kann aus dem Umgang mit Kommunisten jedoch nicht hergeleitet werden, selbst wenn diese aus dem Zusammenwirken objektiv den Nutzen ziehen. Schließlich ist es nach den in den Verfassungsschutzberichten veröffentlichten Feststellungen die bekannte Taktik der DKP, im Rah-

men ihrer Volksfrontbestrebungen gerade demokratische Persönlichkeiten und nicht Verfassungsfeinde zur Mitarbeit bei politischen Vorhaben zu gewinnen, die auch von Teilen demokratischer Parteien und Organisationen gebilligt werden.

Dem bayerischen CSU-Justizminister war das bei seiner Ablehnung der Bewerberin Charlotte Nieß bekannt. Er hat sich trotzdem nicht auf ein verfassungsfeindliches Verhalten der Bewerberin selbst berufen, sondern den Hinweis auf die Unterstützung der VDJ genügen lassen. Dabei räumt er sogar ein, daß die erklärte Zielsetzung der VDJ nach deren Wortlaut mit der freiheitlichen Grundordnung in Übereinstimmung gebracht werden kann und von der Bewerberin auch so interpretiert wird. Wenn die bayerische CSU-Staatsregierung gleichwohl an der Ablehnung des SPD-Mitgliedes Charlotte Nieß festhält, so widerspricht das nicht nur der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, nach der der Einzelfall ohne jeden Schematismus zu würdigen ist. Vielmehr wird in diesem Vorgang der Versuch sichtbar, ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wegen eines Verhaltens offiziell zu diskriminieren, das zwar innerparteilich auf Vorbehalte stößt, jedoch nicht als verfassungsfeindliche Betätigung bewertet werden kann.

Die Urheber dieser Praxis versprechen sich vermutlich parteipolitische Vorteile davon, einen allenfalls innerparteilichen Konfliktfall durch die offizielle Disqualifizierung der Bewerberin als mangelhaft verfassungstreu anzureichern. Auch Unions-Politiker müßten aber doch sehen, daß ein solches Vorgehen genau jenen Kritikern Recht gibt, die die Einhaltung rechtsstaatlicher Grenzen bei der derzeitigen Prüfungspraxis für Dienstbewerber in Abrede stellen und auch jedem anderen denkbaren Prüfungsverfahren die Rechtsstaatlichkeit grundsätzlich bestreiten. Wer der pauschalen Kritik an jedweder Ausschlußpraxis die Argumente liefert, besorgt letztlich nur das Geschäft der Verfassungsfeinde. Er schadet dem Ansehen der freiheitlich demokratischen Grundordnung und begründet Mißtrauen gegen die Zuverlässigkeit rechtsstaatlicher Verfahrensregelungen. Deren Zustandekommen wird dadurch zusätzlich erschwert.

Es steht zu fürchten, daß die Unions-Parteien die Ablehnung der Sozialdemokratin Charlotte Nieß als Präzedenzfall betrachten, mit dem eine neue Phase in dem Streit um die Aufnahme von Extremisten in den öffentlichen Dienst beginnen soll. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich der damit verbundenen Verdächtigungen und Diffamierungen auch im Wahlkampf zu erwehren wissen. Der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik aber kann dieser Konflikt nicht nützen.

(-/12.1.1976/wi/e/pr)

+ + +

Im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Das Aktionsprogramm für den Bildungsbereich in der EG

In den neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) dürften zur Zeit mehr als zwei Millionen Jugendliche unter 25 Jahren ohne Arbeit sein. Die rund drei Millionen Jungen und Mädchen, die im Herbst letzten Jahres in der Gemeinschaft die Schulen verlassen haben, konnten angesichts der Wirtschaftsflaute und der damit verbundenen hohen Arbeitslosenzahlen nur zum Teil Arbeitsplätze und Lehrstellen finden. Der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an den rund fünf Millionen Arbeitslosen in der Gemeinschaft hat daher im zweiten Halbjahr 1975 absolut und relativ weiter zugenommen und ist damit nach wie vor überproportional hoch im Vergleich zur Gesamtzahl der Arbeitslosen. Neben diesem Trend zeigt sich seit 1974 auch immer deutlicher, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen länger und länger wird. Ein Beispiel: In der Bundesrepublik waren am 30. Mai 1974 rund 12 vH aller arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren zwischen sechs und zwölf Monaten ohne Beschäftigung, ein Jahr später war dieser Anteil aber schon auf 21 vH gestiegen.

Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat die EG Maßnahmen im Bereich der Sozial- und in der Bildungspolitik eingeleitet. Schon im Juli 1975 wurde der Beschluß gefaßt, Zuschüsse aus dem Europäischen Sozialfonds für gezielte Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung und der Mobilität arbeitsloser oder arbeitssuchender Jugendlicher unter 25 Jahren zu gewähren. Dabei soll solchen Jugendlichen Vorrang gegeben werden, die ihre erste Arbeitsstelle suchen. Für 1976 ist für derartige Maßnahmen ein Antragsrahmen von 300 Millionen Rechnungseinheiten (1 Rechnungseinheit = DM 3,66) zugunsten arbeitsloser Jugendlicher vorgesehen. Wahrscheinlich wird nur ein Teil der zahlreichen zur Zeit vorliegenden Anträge für entsprechende Projekte aus den einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigt werden können. Im Januar 1976 werden als erste Tranche 41 Millionen Rechnungseinheiten aus dem Sozialfonds zur Förderung spezieller Programme gewährt werden.

Auch die EG-Bildungspolitik soll jetzt verstärkt zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen beitragen. Die Bildungsminister der neun EG-Länder haben auf ihrer dritten Tagung am 10. Dezember 1975 eine Ent-

schließung angenommen. Zur Durchführung des Aktionsprogramms wurden zunächst über zwei Millionen DM bereitgestellt. Der schon bisher tätige Ausschuß für Bildungsfragen, der sich aus Vertretern der Regierungen und der EG-Kommission zusammensetzt, wurde wieder eingesetzt; er soll die Maßnahmen koordinieren und für die Realisierung des Aktionsprogramms sorgen.

Aufgrund dieses Vorschlags der deutschen Delegation, die unter Leitung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Helmut Rohde, stand, wurde beschlossen, daß unbeschadet der Aktionen der einzelnen Mitgliedstaaten folgende Maßnahmen auf EG-Ebene mit Vorrang berücksichtigt werden sollen:

1/ Maßnahmen im Bildungsbereich zur Vorbereitung der Jugendlichen auf das Berufsleben, zur Erleichterung des Übergangs vom Studium zum Berufsleben, zur Verbesserung ihrer Aussichten auf einen Arbeitsplatz und somit zur Verringerung des Risikos der Arbeitslosigkeit.

2/ Zusätzliche Bildungsangebote im Rahmen der Weiterbildung, die es jungen Arbeitnehmern und jungen Arbeitslosen ermöglichen, ihre Aussichten auf einen Arbeitsplatz zu verbessern. Der Ausschuß für Bildungsfragen soll vor dem 1. Juli 1976 einen Bericht über die Verwirklichung entsprechender Maßnahmen für die Minister ausarbeiten.

In der Entschliebung bekräftigen die Bildungsminister den Willen, im Bereich des Bildungswesens eine europäische Zusammenarbeit zu verwirklichen. Das beschlossene Aktionsprogramm umfaßt eine Vielzahl von Maßnahmen in folgenden Bereichen: bessere Möglichkeiten der Bildung und Ausbildung der Staatsangehörigen von anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaften und von Nicht-Mitgliedstaaten sowie ihrer Kinder (Gestarbeiter und Kinder von Gestarbeitern); Verbesserung der Korrespondenz der Bildungssysteme in Europa; Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Hochschulwesens; Zusammenstellung einer aktuellen Dokumentation wie aktueller Statistiken im Bereich des Bildungswesens; Fremdsprachenunterricht sowie Chancengleichheit beim freien Zugang zu allen Bildungsformen.

Egon C. Heinrich  
(-/12.1.1976/e/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

DDR: "UdSSR ist die stärkste Militärmacht der Erde"

Der Oberst der Nationalen Volksarmee Werner Eitze antwortete am 19. Dezember 1975 in der "Volksarmee", dem offiziellen Wochenblatt der DDR-Streitkräfte, auf die Frage, wie der Anteil der DDR am gegenseitigen militärischen Beistand zwischen UdSSR und DDR aussehe, den der neue Freundschaftsvertrag zwischen den beiden Ostblockstaaten festlegt.

\*Es ist unbestritten, daß die UdSSR nicht nur die größte Macht der sozialistischen Staatengemeinschaft, sondern eines der stärksten Länder der Erde, militärisch das stärkste Land ist. Demgegenüber sind die Potenzen der DDR wesentlich geringer. Hängt nun aber gegenseitiger Beistand davon ab, wie groß oder wie klein ein Land ist? Kann man hier nur die Bevölkerungszahl, die Größe des Territoriums oder die materiellen Potentiale im Auge haben? Oder muß diese Fragestellung nicht vielmehr vorrangig in den politisch-ideologischen Bereich eingeordnet werden? Militärischer Beistand ergibt sich schließlich entscheidend aus den gemeinsamen sozialistischen Klasseninteressen.

In der UdSSR, der DDR und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft hat die sozialistische Revolution gesiegt. Die Bürger dieser Länder bauen im Geiste des sozialistischen Internationalismus eine neue Gesellschaft auf, den Sozialismus-Kommunismus. Unsere marxistisch-leninistischen Parteien betrachten den sozialistischen Internationalismus als höchst wichtigen Bestandteil ihrer Politik und Ideologie. Ohne diesen Internationalismus, ohne die Vereinigung unserer Kräfte ist es nicht möglich, die heutigen und die Zukunftsaufgaben zu meistern. Das Prinzip der gegenseitigen Hilfe durchdringt auch die militärischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR. Dabei sind die Partner gleichberechtigt. Die Größe eines Landes oder sein militärisches Potential sind nicht das bestimmende Merkmal. Auch für kleinere Staaten ist es revolutionäre Klassenpflicht, an der Seite des Verbündeten zu stehen.

Im Artikel 4 des Warschauer Vertrages, der die sozialistische Militärkoalition begründete, ist der gegenseitige Beistand für alle Teilneh-

merststen zum Prinzip der Zusammenarbeit erklärt worden. Es wurde vereinbart: 'Im Falle eines bewaffneten Überfalls... wird jeder Teilnehmerstaat... dem Staat oder den Staaten, die einem solchen Überfall ausgesetzt sind, sofortigen Beistand... einschließlich der Anwendung von militärischer Gewalt, erweisen.'

Angeichts der Vereinigung aller Kräfte des Weltimperialismus gegen den Sozialismus, besonders gegen die Sowjetunion, gewinnen die kollektive Verteidigung des Sozialismus und der gegenseitige Beistand immer mehr an Bedeutung. Wir folgen auch hier den Worten Lenins: 'Das Kapital ist eine internationale Kraft. Um sie zu besiegen, bedarf es des internationalen Bündnisses der Arbeiter, ihres internationalen brüderlichen Zusammenschlusses.'

Es ist ein Grundgesetz marxistisch-leninistischer Politik, in revolutionärer Solidarität gemeinsam zu kämpfen, die Anstrengungen zu vereinen. Auch bei der Stärkung der Landesverteidigung, bei der Abwehr aggressiver Handlungen des Imperialismus. Die UdSSR trägt dabei zweifelsohne die Hauptlast aller Anstrengungen. Aber auch die 'kleine DDR' kann dazu einen ihren Möglichkeiten angemessenen Beitrag leisten und wird in allen Situationen entsprechend ihrer revolutionären Klassenpflicht immer an der Seite der Sowjetunion stehen, so, wie es in dem historischen neuen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR vom 7. Oktober 1975 vereinbart wurde."

(-/12.1.1976/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller